

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates
am Montag, den 14.11.2022 um 14:30 Uhr
Sitzungssaal der Wasgauhalle, Ebene 1

Gesetzliche Mitgliederanzahl	45
Anwesend sind	38

Und zwar

Vorsitzender

Herr Markus Zwick

Beigeordnete

Herr Denis Clauer

Herr Michael Maas

Mitglieder

Herr Jürgen Bachert

Herr Florian Bilic

Herr Tapani Braun

Frau Edeltraut Buser-Hussong

Herr Dieter Clauer

Herr Maurice Croissant

Herr Dr. Florian Dreifus

Frau Ulla Eder

Herr Frank Eschrich

Frau Stefanie Eyrisch

Frau Katja Faroß-Göller

Frau Brigitte Freihold

Herr Frank Fremgen

Herr Wolfgang Hendrichs

Herr Gerhard Hussong

Frau Heidi Kiefer

Herr Hartmut Kling

Herr Jochen Knerr

Frau Brigitte Linse

Frau Gabriele Mangold

Herr Dr. Bernhard Matheis

Herr Jürgen Meier

Herr Ralf Müller

Frau Uschi Riehmer

Herr Philipp Scheidel

Frau Sabine Schunk

Herr Bernd Schwarz

Herr Tobias Semmet

Frau Annette Sheriff

Herr Berthold Stegner
Herr Sebastian Tilly
Herr Manfred Vogel
Herr Ferdinand L. Weber
Herr Bastian Welker
Herr Steven Wink
Herr Heinrich Wölfling
Frau Regina Zipf

Protokollführung

Frau Anne Vieth

von der Verwaltung

Herr Tobias Becker
Herr Daniel Durm
Herr Jörg Groß
Frau Annette Legleitner
Herr Oliver Minakaran
Herr Gustav Rothhaar
Herr Rolf Schlicher
Frau Simone Zeeck
Herr Maximilian Zwick

Zur Sitzung hinzugezogen

Herr Martin Möller

Fa. Analyse & Konzepte (TOP 2.1)

Abwesend:

Mitglieder

Herr Wolfgang Deny
Herr Jürgen Hartmann
Herr Thomas Heil
Herr Florian Kircher
Frau Susanne Krekeler
Herr Jürgen Stilgenbauer
Herr Erich Weiß

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 14.30 Uhr.

Er stellt die form- und fristgerechte Ladung der Ratsmitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest.

Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung gibt es nicht.

Der Stadtrat beschließt einstimmig die folgende

Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde (ab 16.00 Uhr)
2. Kosten der Unterkunft nach dem Sozialgesetzbuch II und XII
 - 2.1. Umsetzung der Ergebnisse des Konzeptes zur Mietwerterhebung
 - 2.2. Ermittlung eines "Klimabonus" bei der Bewilligung der Kosten der Unterkunft nach dem Sozialgesetzbuch II und XII
3. Satzung der Stadt Pirmasens über die Erhebung von Parkgebühren
4. Vollzug des Baugesetzbuchs (BauGB);
Aufhebung des Bebauungsplans P 181 „Arnulfstraße - Waisenhausstraße“
Aufstellung des Bebauungsplans P 204 „Arnulfstraße - Waisenhausstraße“
 1. Beschluss zur Einleitung des Aufhebungsverfahrens des Bebauungsplans P 181
 2. Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplans P 204
 3. Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB
 4. Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB
 5. Beschluss des Vorentwurfs zum Bebauungsplan P 204
5. Feststellung von Kostenvoranschlägen
 - 5.1. S 14 Leibniz-Gymnasium; Sanierung Brandschutz und Fachsäle
 - 5.2. Ausbau der Wagenstraße in Pirmasens; Straßenbau
 - 5.3. Ausbau der Ottostraße; Straßenbau
 - 5.4. Beschaffung einer Drehleiter DLAK 23/12 für die Feuerwehr Pirmasens
6. Wahl zum Beirat für Migration und Integration der Stadt Pirmasens - Festlegung Wahltermin
7. Vollzug des § 88 Abs. 1 GemO; Weisung an den Vertreter der Stadt Pirmasens in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Pirmasens Holding GmbH, Stadtwerke Pirmasens Versorgungs GmbH, Stadtwerke Pirmasens Verkehrs GmbH, Pirmasenser Luft- und Badepark (PLUB) GmbH, Bio-Energie Pirmasens GmbH und Erneuerbare Energien Pirmasens GmbH;
hier: Bestellung der Abschlussprüfer für die Jahresabschlüsse des Geschäftsjahres 2022
8. Anträge der Fraktionen
 - 8.1. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 20.03.2022 bzgl. "Mülltonnen"
 - 8.2. Antrag der Stadtratsfraktion Die Linke / PARTEI vom 03.11.2022 bzgl. "Kultur in

"Pirmasens besser aufstellen"

9. Beantwortung von Anfragen, Informationen, Anfragen der Ratsmitglieder

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt der Vorsitzende mit, dass die Einbringung des Haushalts sich auf den Stadtrat am 12.1.2022 verschiebe. Grund der Verschiebung sei die zu späte Mitteilung der Zahlen zum neuen Landesfinanzausgleichsgesetz. Ebenfalls bestehet ein weiterer Abstimmungsbedarf mit der ADD. Hierzu habe Bürgermeister Maas heute ein Gespräch mit der ADD geführt. Der Bericht über die Haushaltssituation und der Altschuldenlösung erfolge unter dem Tagesordnungspunkt 9.2. Der für die Haushaltsberatungen vorgesehene Hauptausschuss am 28.12.2022 entfalle somit.

zu 1 Einwohnerfragestunde (ab 16.00 Uhr)

Der Vorsitzende eröffnet die Einwohnerfragestunde um 16.05 Uhr.

zu 1.1 Schriftliche Anfrage von Frau Anneliese Tessmer bzgl. "Stromvertrag bei den Stadtwerken"

Frau Tessmer stellt die Anfrage vor:

"Sehr geehrte Damen und Herren,
warum bekommt man bei den Stadtwerken keinen Strom, wenn man keinen Gasvertrag mitabschließt. Heize mit Holz und möchte kein Gas haben."

Bürgermeister Maas teilt mit, Gas und Strom getrennt voneinander abzuschließen sei möglich. Die Stadt werde sich mit den Stadtwerken in Verbindung setzen und die Anfrage schriftlich beantworten.

zu 1.2 Schriftliche Anfrage von Frau Anneliese Tessmer bzgl. "Bestellung der Sperrmüllabholung durch Mieter"

Frau Tessmer stellt die Anfrage vor:

"Sehr geehrte Damen und Herren,
warum können die Mieter die Sperrmüllabholung nicht bestellen, wenn es der Vermieter nicht macht? Ich muss doch auch Müllgebühren bezahlen."

Bürgermeister Maas zeigt auf, der Gebührenschuldner für den Sperrmüll sei der Eigentümer, daher müsse dieser den Sperrmüll beantragen. Er bittet Frau Tessmer um die Kontaktdaten des Vermieters, um mit diesem Kontakt aufnehmen zu können. Eine Beantwortung erfolge im Nachgang schriftlich.

zu 1.3 Beantwortung der Anfrage von Frau Leissing bzgl. "Quartiersmanagement - Energetische Ertüchtigung im Winzler Viertel"

Der Vorsitzende zeigt auf, die Beantwortung der Anfrage erfolge schriftlich und würde den Ratsmitgliedern im Nachgang zur Sitzung hochgeladen.

Nachdem keine weiteren Anfragen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Einwohnerfragestunde um 16.10 Uhr.

zu 2 Kosten der Unterkunft nach dem Sozialgesetzbuch II und XII

**zu 2.1 Umsetzung der Ergebnisse des Konzeptes zur Mietwerterhebung
Vorlage: 1537/I/50.6/2022**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Jugend- und Sozialamtes vom 13.09.2022.

Er teilt mit, die erstmalige Konzepterstellung sei im Jahr 2018, und eine Fortschreibung mittels Verbraucherpreisindex im Jahr 2020 erfolgt. Vier Jahre nach der Konzepterstellung sei nun eine Neuerstellung notwendig. Die Umsetzung des neuen Konzeptes sei für den 01.01.2023 angedacht.

Herr Möller stellt anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 1 zur Niederschrift) das Schlüssige Konzept 2022 vor.

Ratsmitglied Tilly bedankt sich für die ausführliche Darstellung durch Herrn Möller. Er fragt an, ob der Klimabonus auf den Nebenkosten von den letzten Jahren beruhen würde.

Herr Möller zeigt auf, diese Zahlen seien durch die Vorauszahlungen ermittelt worden. Wie die Zahlen im Frühjahr 2023 aussehen werden sei noch nicht bekannt. Sicher sei, dass die Neben- sowie Heizkosten steigen würden. Der Bonus hingegen bleibe relativ konstant.

Der Vorsitzende fügt hinzu, eine Fortschreibung des Schlüssigen Konzeptes erfolge in zwei Jahren. Dabei würden die Entwicklungen der Neben- und Heizkosten berücksichtigt.

Ratsmitglied Eschrich bittet die Präsentation von Herrn Möller den Ratsmitgliedern zur Verfügung zu stellen. Vor einem Schlüssigen Konzept möchte er wissen, wie sich die Zahlen seit 2018 entwickelt haben.

Herr Rothhaar erklärt, das Schlüssige Konzept hätte sich bewährt. Mit diesem seien kaum Klagen beziehungsweise Widersprüche zu verzeichnen, denn die Akzeptanz bei den Empfängern sei größer. Allerdings komme die Stadt allmählich an ihre Grenzen bezüglich kleiner Wohnungen. Wenn Geflüchtete nach Pirmasens kommen, würde direkt nach einer Wohnung für diese gesucht. Da nur noch wenige kleine Wohnungen zur Verfügung stünden, sei nun die Überlegung, sich über die Presse an die Bürger zu wenden, ob kleinere Wohnungen frei seien.

Der Vorsitzende fügt hinzu, rund 96% der Leistungsbezieher würden die Miete bezahlt bekommen. Somit sei vielen Leistungsbeziehern geholfen. Somit sei festzustellen, dass nicht zu Lasten der Leistungsempfänger gespart werde.

Ratsmitglied Sheriff führt aus, viele günstige Wohnungen hätten hohe Nebenkosten. Sie fragt an, wie die Nebenkosten reduziert werden könnten.

Herr Rothhaar erklärt, die Verwaltung sei im ständigen Kontakt mit den Stadtwerken, um helfen zu können.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Die Ergebnisse des vom Unternehmen Analyse und Konzepte erstellten Konzeptes zur Mietwerterhebung in Pirmasens werden ab 1.1.2023 umgesetzt.

zu 2.2 Ermittlung eines "Klimabonus" bei der Bewilligung der Kosten der Unterkunft nach dem Sozialgesetzbuch II und XII
Vorlage: 1538/I/50.6/2022

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Jugend- und Sozialamtes vom 13.09.2022.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Stadtrat beschließt die Weiterführung eines „Klimabonus“ bei der Bewilligung der Kosten der Unterkunft nach dem Sozialgesetzbuch II und SGB XII entsprechend dem vorgelegten Konzept der Firma Analyse und Konzepte

zu 3 Satzung der Stadt Pirmasens über die Erhebung von Parkgebühren
Vorlage: 1556/II/20.1/2022

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Finanzen vom 11.10.2022.

Er fügt hinzu, durch die Einführung des §2b UStG sei künftig auch ein Teil der Parkplätze umsatzsteuerpflichtig. Daher sei eine Erhöhung um 0,10 € auf 0,40 € je Viertelstunde notwendig, damit der Stadt kein finanzieller Nachteil entstehe. Ansonsten würden monatliche Kosten in Höhe von 12.000 € für die Stadt anfallen. Bisher sei dies in der Haushaltssatzung geregelt worden. Zum 01.01.2023 sei jedoch noch keine gültige Haushaltssatzung zu erwarten.

Ratsmitglied Dr. Dreifus fragt an, wann zuletzt die Parkgebühren erhöht worden seien. In der Beschlussvorlage seien einzelne Bereiche beziehungsweise Parkplätze nicht umsatzsteuerpflichtig. Er fragt an, weshalb hier Unterschiede gemacht würden.

Bürgermeister Maas zeigt auf, wann zuletzt eine Erhöhung der Parkgebühren erfolgt sei könne er auf Anhieb nicht beantworten. Des Weiteren seien Parkplätze im öffentlichen Raum, wie zum Beispiel am Straßenrand, nicht umsatzsteuerpflichtig. Deshalb seien Unterschiede zu verzeichnen.

Der Stadtrat beschließt bei 3 Gegenstimmen mehrheitlich:

Der Stadtrat beschließt die Satzung (siehe Anlage 2 zur Niederschrift) der Stadt Pirmasens über die Erhebung von Parkgebühren.

zu 4 Vollzug des Baugesetzbuchs (BauGB);
Aufhebung des Bebauungsplans P 181 „Arnulfstraße - Waisenhausstraße“
Aufstellung des Bebauungsplans P 204 „Arnulfstraße - Waisenhausstraße“

- 1. Beschluss zur Einleitung des Aufhebungsverfahrens des Bebauungsplans P 181**
- 2. Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplans P 204**
- 3. Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB**
- 4. Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB**
- 5. Beschluss des Vorentwurfs zum Bebauungsplan P 204**

Vorlage: 1539/I/61/2022

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Stadtplanung vom 14.09.2022.

Ratsmitglied Eschrich verliest die Stellungnahme der Stadtratsfraktion DIE LINKE – PARTEI:

“Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren,

uns geht es heute um die Grundversorgung der Bürgerinnen und Bürger und die Erhaltung von Arbeitsplätzen. Seien Sie versichert, die Profitinteressen von Aldi, Lidl und Wasgau AG sind nicht unser Anliegen, zumal die Wasgau mit der Schließung des Winzler Supermarkts gerade demonstriert hat, wie sehr ihr die Interessen der Menschen und dieser Stadt am Herzen liegen.

Wir befinden uns in einer existenziellen Krisensituation, nicht nur in Pirmasens. Krieg, Corona, Inflation, Rezession. In Pirmasens befinden wir uns darüber hinaus in einer wirtschaftlichen Dauerkrise, die unabhängig vom Rest des Landes seit Jahrzehnten ihren Lauf nimmt.

In dieser sich zuspitzenden Lage restriktive Maßnahmen wie das Einzelhandelskonzept auch nur in Erwägung zu ziehen, ist einigermaßen absurd. Wir sind doch alle Zeuge, dass die damit verbundenen planerischen Maßnahmen schon ohne allumfassende Krise nicht zum Erfolg geführt haben. Die Wirtschaftsleistung des geschützten Innenstadtbereichs nimmt immer weiter ab, Geschäftsaufgaben und Leerstände nehmen zu. In diesem Zusammenhang müsste auch einmal die Frage beantwortet werden, inwieweit die Waren der Pirmasenser Liste im Innenstadtbereich überhaupt noch vertrieben werden... Im Einzelhandelskonzept von 2017 heißt es, „die Innenstadt gilt es dagegen nicht nur zu schützen, sondern nach Möglichkeit in den unterbesetzten Sortimentsbereichen weiter zu entwickeln“. Was ist z.B. mit Schuhen oder Sportartikeln? Nichts. Was seit 2017 tatsächlich passiert ist, ist eine weitere Ausdünnung des Angebots und eine Verkleinerung des geschützten Innenstadtbereichs. Mit welchen Argumenten wollen Sie also die Ansiedlung oder Erweiterung von Einzelhandel in den peripheren Stadtgebieten unterbinden, die letztendlich Einkaufsmöglichkeiten und Arbeitsplätze für die gesamte Stadt schaffen würden?

Dabei ist mir der Grundgedanke von Einzelhandelskonzepten durchaus sympathisch. Selbstverständlich ist es grundsätzlich richtig, die Wirtschaft dem Primat der Politik unterzuordnen, ist es richtig, wirtschaftliche Entwicklungen zum Wohle der Menschen zu lenken und Stadtentwicklung politisch zu bestimmen und nicht von den Profitinteressen der Konzerne bestimmen zu lassen.

Dies trafe zu, wenn wir uns in einigermaßen normalen Zeiten befänden und Pirmasens eine wenigstens durchschnittliche Entwicklung genommen hätte oder wenigstens zukünftig nähme. So ist es aber nicht. Wir halten es deshalb im Interesse der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt für unverantwortlich, den Bestimmungen des Einzelhandelskonzeptes weiter Folge zu leisten. In der Realität der Stadt Pirmasens ist dieses Konzept kein positives Lenkungsinstrument, sondern ein Verhinderungsinstrument. Und Verhinderung von Geschäften ist das Letzte, was wir uns leisten können. Ganz im Gegenteil sollte die Stadt Pirmasens jedem den roten Teppich ausrollen, der in Pirmasens etwas verkaufen oder anbieten will, egal wo sie oder er sich ansiedeln will.

Die Ausweisung von Sondergebieten und Bestandsschutz sind eben nicht ausreichend, um in einer sich extrem verschärfenden wirtschaftlichen Lage wenigstens die Grundversorgung der Bevölkerung zu garantieren. Was würde denn passieren, wenn der Wasgau-Markt in der Arnulfstraße auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklung gezwungen wäre, seine Verkaufsfläche erheblich zu erweitern, z.B. auch mit Randsortimenten, um die Krise zu überstehen? Wollen Sie dann tatsächlich mit dem Einzelhandelskonzept winken und möglicherweise eine Geschäftsaufgabe riskieren?

Wir wollen das nicht. Wie gesagt, nicht weil uns die Gewinne der Wasgau AG besonders am Herzen liegen, sondern weil die Grundversorgung der Bevölkerung auf dem Spiel steht.

Das Beispiel Real ist mir noch in guter Erinnerung. Dort lag der Bauantrag solange in der Schublade, bis das Planungsamt soweit war, den Bebauungsplan ändern zu lassen. Der in der politischen Debatte immer wieder betonte Bestandschutz hat dazu geführt, dass auf dem Areal wesentlich weniger Artikel auf wesentlich weniger Verkaufsfläche mit wesentlich weniger Arbeitskräften verkauft werden. Einen positiven Effekt auf die Innenstadt hatte die Real-Schließung nicht.

Wir denken, dies sollte sich nicht wiederholen. Die Stadtratsfraktion DIE LINKE – PARTEI lehnt die Aufstellung des Bebauungsplans, sofern das Einzelhandelskonzept betreffend, ab."

Der Vorsitzende zeigt auf, an dieser Stelle wolle er nicht über das Einzelhandelskonzept diskutieren.

Der Vorsitzende schlägt auf Bitte der AfD-Fraktion vor, die Punkte 1, 3 und 4 zusammen abzustimmen. Punkt 2 und Punkt 5 würden anschließend ebenfalls zusammen abgestimmt.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Die Aufhebung des Bebauungsplans P 181 wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 1 Abs. 8 BauGB beschlossen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen des Aufhebungsverfahrens zum P 181 sowie des Aufstellungsverfahrens zum P 204 die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB durchzuführen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen des Aufhebungsverfahrens zum P 181 sowie des Aufstellungsverfahrens zum P 204 die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.

Der Stadtrat beschließt bei 6 Gegenstimmen mehrheitlich:

2. Die Aufstellung des Bebauungsplans P 204 wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen.
5. Die Begründung zur Aufhebung des Bebauungsplans P 181 sowie der Vorentwurf des Bebauungsplans P 204, bestehend aus Planzeichnung, Textlichen Festsetzungen und Begründung, sind Bestandteile des Beschlusses und den Beteiligungen zu Grunde zu legen.

zu 5 Feststellung von Kostenvoranschlägen

zu 5.1 S 14 Leibniz-Gymnasium - Kostenvoranschlag, Sanierung Brandschutz und Fachsäle **Vorlage: 1547/II/69/2022**

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Gebäudemanagements vom 26.09.2022.

Ratsmitglied Eschrich äußert auf Grund des Haushaltes und der ADD Bedenken.

Bürgermeister Maas zeigt auf, die Kosten seien seriös ermittelt worden.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Die Kostenschätzung für die Brandschutzertüchtigung des Leibniz-Gymnasiums Pirmasens, aufgestellt durch das Fachamt II/69 Gebäudemanagement in Höhe von 2.400.000,00 € brutto wird festgestellt.

Verrechnung: 2170000010 „Sanierung Leibniz-Gymnasium“

**zu 5.2 Ausbau der Wagenstraße in Pirmasens; Feststellung des Kostenvoranschlags für den Straßenbau
Vorlage: 1548/II/66.2/2022**

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Tiefbauamtes vom 26.09.2022.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Der Ausbau der Wagenstraße erfolgt im Rahmen des Straßenausbauprogrammes für die Abrechnungseinheit „Stadtgebiet im Übrigen“. Die Finanzierung erfolgt über wiederkehrenden Beiträge für Verkehrsanlagen und wird über die Maßnahmen- Nummern 5416080074, 5416080099, 5416080088, 541100.52440001 und 114200.04810000 abgerechnet. Für die Maßnahme wurde ein Antrag auf Städtebauförderung gestellt.
2. Die Durchführung der Maßnahme wird nach der vorgestellten Planung des Ing.-Büros Klages genehmigt. Unter Vorbehalt der Fördermittelzusage durch das Land wird der Kostenvoranschlag mit Ergänzungen des Tiefbauamtes auf insgesamt

1.695.000,00 € brutto festgestellt.

3. Die Finanzierung der Maßnahme ist entsprechend dem Baufortschritt vorzunehmen.

**zu 5.3 Ausbau der Ottostraße; Feststellung des Kostenvoranschlags für den Straßenbau
Vorlage: 1545/II/66.2/2022**

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Tiefbauamtes vom 26.09.2022.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1. Der Ausbau der Ottostraße erfolgt im Rahmen des Straßenausbauprogrammes für die Abrechnungseinheit „Stadtgebiet im Übrigen“. Die Finanzierung erfolgt über wiederkehrenden Beiträge für Verkehrsanlagen und wird über die Maßnahmen- Nummern 54106080079, 54106080099, 54106080088, 541100.52440001 und 114200.04810000 abgerechnet. Für die Maßnahme wurde ein Antrag auf Städtebauförderung gestellt.
2. Die Durchführung der Maßnahme wird nach der vorgestellten Planung des Ing.-Büros Thiele genehmigt. Unter Vorbehalt der Fördermittelzusage durch das Land wird der Kostenvoranschlag mit Ergänzungen des Tiefbauamtes auf insgesamt

1.100.000,00 € brutto festgestellt.

3. Die Finanzierung der Maßnahme ist entsprechend dem Baufortschritt vorzunehmen.

zu 5.4 Beschaffung einer Drehleiter DLAK 23/12 für die Feuerwehr Pirmasens
Vorlage: 1568/III/38/2022

Bürgermeister Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Brand- und Katastrophenschutzes vom 07.11.2022.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Ausschreibung und Beschaffung einer Drehleiter (DLAK) 23/12 wird zugestimmt. Eine schriftliche Vorabzusage der Förderung, mit der Zustimmung zur vorzeitigen Beschaffung, der ADD Trier, mit Datum vom 29.09.2022, liegt vor. Der Höhe der Förderung beträgt entsprechend der aktuellen Festbetragsübersicht 227.000,- Euro. Die Verwaltung wird ermächtigt, das Ausschreibungsverfahren durchzuführen. Die vorläufige Kostenschätzung der gesamten Maßnahme beläuft sich auf ca. 900.000,- Euro.

Verrechnung: Inv.Nr. 1261000001 „Anschaffung Feuerwehrfahrzeuge“

zu 6 Wahl zum Beirat für Migration und Integration der Stadt Pirmasens - Festlegung Wahltermin
Vorlage: 1561/III/32.1/2022

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Ordnungsamtes vom 21.10.2022.

Ratsmitglied Eschrich teilt mit, in den letzten Jahren sei die Beteiligung im Beirat für Migration und Integration gesunken. Daher bittet er, den Beirat mehr zu bewerben, um eine höhere Beteiligung zu erzielen.

Ratsmitglied Hussong fügt hinzu, er könne sich nicht daran erinnern, wann im Stadtrat zuletzt über den Beirat für Migration und Integration berichtet worden sei. Er bittet zukünftig öfter im Stadtrat über die Arbeit des Beirats zu berichten. Damit bekäme der Beirat mehr Aufmerksamkeit.

Beigeordneter Clauer erklärt, aufgrund der Kürze der Liste konnte kein Nachrücker benannt werden. Ein Bericht über die letzten 2 ½ Jahre sei nicht möglich, da nicht viel passiert sei. Gemeinsam mit Herrn Schmitt würde überlegt, wie der Beirat mehr Aufmerksamkeit erreichen könnte. Mit dem neu gewählten Beirat würde ein Bericht im Stadtrat erfolgen.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Als Wahltag für die Wahl zum Beirat für Migration und Integration der Stadt Pirmasens wird Sonntag, der 26.03.2023, bestimmt.

zu 7 Vollzug des § 88 Abs. 1 GemO; Weisung an den Vertreter der Stadt Pirmasens in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Pirmasens Holding GmbH, Stadtwerke Pirmasens Versorgungs GmbH, Stadtwerke Pirmasens Verkehrs GmbH, Pirmasenser Luft- und Badepark (PLUB) GmbH, Bio-Energie Pirmasens GmbH und Erneuerbare Energien Pirmasens GmbH; hier: Bestellung der Abschlussprüfer für die Jahresabschlüsse des Geschäftsjahres 2022

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Be- schlussvorlage der Stadtwerke Pirmasens vom 30.09.2022.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

An die Vertreter in den jeweiligen Gesellschafterversammlungen der einzelnen Unternehmen ergeht die Weisung, wie folgt zu beschließen:

Die Vertreter in den Gesellschafterversammlungen aller Unternehmen mögen die Göken, Pollack und Partner Treuhandgesellschaft mbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Mainz zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2022 wählen.

zu 8 Anträge der Fraktionen

zu 8.1 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 20.03.2022 bzgl. "Müllbehälter"
Vorlage: 0067/III/32/2022

Beigeordneter Clauer erklärt, bereits in einer der vergangenen Hauptausschusssitzungen sei ein Zwischenbericht erfolgt. In der heutigen Sitzung werde Herr Schmitt nochmals berichten.

Herr Schmitt stellt anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 3 zur Niederschrift) das Thema „Abfallbehältnisse im öffentlichen Straßenraum“ vor.

Ratsmitglied Tilly bedankt sich für die ausführliche Vorstellung. Der Antragsgrund sei ein anderer gewesen, jedoch habe sich die Stadt die Mühe gemacht und mit Bürgerinnen und Bürgern das Gespräch gesucht.

Ratsmitglied Sheriff fragt an, ob große Behältnisse auf der Straße in Betracht gezogen wor- den seien. In diesen könnten die Anwohner ihre Mülltonnen zentral lagern.

Der Vorsitzende zeigt auf, auch diese Möglichkeit sei diskutiert worden. Allerdings seien kei- ne Mittel vorhanden, solche Behältnisse zu errichten. Gegebenenfalls müsste bei dieser Lö- sung eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger erfolgen.

Der Stadtrat nimmt den Zwischenbericht zustimmend zur Kenntnis.

zu 8.2 Antrag der Stadtratsfraktion Die Linke / PARTEI vom 03.11.2022 bzgl. "Kul- tur in Pirmasens besser aufstellen"

Ratsmitglied Eschrich begründet den Antrag laut Antragsbegründung (siehe Anlage 4 zur Niederschrift). Er bittet den Antrag schriftlich zu beantworten.

Beigeordneter Clauer zeigt auf, über dieses Thema könne in der heutigen Sitzung berichtet werden, denn zur Zeit führe er Gespräche mit Frau Wittmer und dem zuständigen Amtsleiter

Herrn Schlicher, um Veränderungen vorzunehmen. In Pirmasens sei es wichtig, die Netzwerkarbeiten, die in den letzten Jahren vorgenommen worden seien, weiter auszubauen. In diesem Netzwerke habe man zum Beispiel mit Ratsmitglied Croissant, Herrn Christ oder der Familie Steckel zusammengearbeitet. In diesem Netzwerk benötige man allerdings auch neue Partner, um auch weiter neue Zielgruppen ansprechen zu können. Die Qualität solle, wie in der Vergangenheit, beibehalten werden.

Das Thema Werbung der Euroclassic sei zu Recht kritisiert worden, da es zu einer zeitlichen Verzögerung gekommen sei. Die Werbung würde zentral von Zweibrücken gesteuert, jedoch sitze man im selben Boot. Deshalb sei dieses Thema kritisch nachbereitet worden, um dies beim nächsten Mal zu verbessern. Auch eine optimale Werbung hätte nicht dazu geführt, dass mehr Karten verkauft und die Veranstaltungsorte voll geworden wären, denn momentan sei das Problem, von weniger verkauften Karten, bei allen Kulturangeboten vorhanden.

Im Antrag sei die momentane Organisationsstruktur in Frage gestellt worden. Die jetzige Organisationsstruktur sei seit 15 Jahren vorhanden. Im Amt von Herrn Schlicher mit der damaligen Sachgebietsleitung Frau Mäß sei sehr gute Arbeit über viele Jahre geleistet worden. Bei der Nachbesetzung von Frau Mäß sei versucht worden, die Weichen zu stellen, um eine interne Lösung zu finden. Dies hätte allerdings nicht funktioniert, woraufhin eine Ausschreibung der Stelle erfolgt sei. Hier habe man sich bewusst für eine breite Ausschreibung entschieden, um gegebenenfalls den künstlerischen Part abdecken zu können. Leider sei daraufhin die Bewerberlage schwach gewesen. Einstimmig habe man sich dann für Herrn Scorcetti entschieden und leider habe sich diese Wahl als nicht glücklich erwiesen, was allerdings rechtzeitig festgestellt worden sei. Nun brauche die Stadt eine Person, die nicht erkläre wie Kunst funktioniere, sondern in der Lage sei die Sachgebietsleitung zu übernehmen, aber kunstaffin sei.

Mit Frau Wittmer sei, kommissarisch, jemand gefunden worden, der zwei Verwaltungsabschlüsse sowie ein gutes Netzwerk habe und die Führungsaufgaben in der Verwaltung schon über viele Jahre wahrnehme. Daher seien die Voraussetzungen von Frau Wittmer nicht schlechter sondern besser als die Voraussetzungen bei Frau Mäß gewesen seien. Da her finde er es nicht gut, das Frau Wittmer in Abrede zu stellen. So sei es aus dem Antrag zu lesen.

Frau Wittmer habe zurzeit die Aufgabe, diesen Bereich neu zu organisieren, insbesondere die Arbeitsplätze und Arbeitsplatzbeschreibungen. Zum Beispiel seien das Forum Alte Post und der Kulturbereich zusammengelegt worden. Der Prozess würde von Herrn Schlicher und ihm selbst mitbegleitet.

Nun würde das gesamte Sachgebiet vorgestellt, um klarzustellen, dass Frau Wittmer nicht überlastet sei. Frau Wittmer habe momentan zwei Sachgebiete inne. Diese seien massiv umstrukturiert worden. In den 6 verschiedenen Bereichen, die zu diesen Sachgebieten gehören, sei zum Einen der Empfang vom Forum Alte Post mit 92,75 Stunden. Hier ginge es zum Beispiel um den Kartenverkauf, die Betreuung der Abendveranstaltungen und die Infotheke.

Auch die Technik gehöre hier dazu. Hier stünden 3 Stellen zur Verfügung. Eine von diesen Stellen sei unbesetzt, solle jedoch zügig nachbesetzt werden. Die Techniker seien verantwortlich für die Veranstaltungen, aber auch für die Betreuung der Gebäude.

Im Bereich Veranstaltungen sei eine Stelle mit 30 Stunden, eine mit 39 Stunden und eine mit 19 Stunden vorhanden. Eine weitere Stelle sei zum jetzigen Zeitpunkt zusätzlich vorhanden, allerdings sei diese befristet und würde in den nächsten Wochen neu ausgeschrieben werden. Für diese Stelle benötige man eine Person aus dem Bereich Kultur- und Eventmanagement, um zielgerichtet die Sachgebietsleitung zu unterstützen.

Im Verwaltungsbereich sei eine Stelle mit 30 Stunden vorhanden. Hier ginge es um die Vermietung der Alten Post und ums Rechnungswesen. Bei den Ausstellungen sei eine Stelle mit 31 Stunden und 19,5 Stunden vorhanden. Hier ginge es um das Thema Forum Alte Post.

Beim Archiv sei in den letzten Wochen und Monaten massiv aufgebaut worden, um Frau Wittmer entlasten zu können. Hier seien Stellenanteile eines Mitarbeiters von 20 auf 30 Stunden erhöht und zwei weitere Mitarbeiter arbeiten derzeit vorübergehend zu. Somit sei in diesem Bereich mehr Personal vorhanden. Noch sei dieser Bereich nicht optimal aufgestellt worden wie sich die Verwaltung dies Wünsche, man arbeite allerdings weiterhin daran. Daher würde es in den nächsten Wochen und Monaten zu weiteren Veränderungen kommen.

Es ist geplant, dass die Stelle der Sachgebietsleitung Kultur neu besetzt wird. Man hoffe auf eine Bewerbung von Frau Wittmer.

Auch die Richtlinien der Kultur würden im Antrag thematisiert. Diese Richtlinien seien mit dem Sachgebietsleiter, dem Amtsleiter und dem zuständigen Dezernenten erarbeitet worden. Diese hätten sich in den letzten 3 Jahren, unter den Coronabedingungen bewährt. Hier sei auf andere Formate zurückgegriffen worden. Auch in der Zukunft müsse man nah an dem Publikum bleiben und die Richtlinien könnten sich dahingehend ändern.

Im Bereich Personal würde nicht gespart, auch im Haushaltsjahr 2023 nicht. Ebenfalls bei den Sachkosten würde nicht gespart. Die Verwaltung werde sich bei dem Haushalt 2024 über eine Erhöhung bei den Sachkosten unterhalten müssen, denn im Bereich der Veranstaltungen merke man durch die Erhöhung des Mindestlohns einen Unterschied. Durch die Zusammenlegung des Kulturamtes und des Forums Alte Post erhoffe man sich Synergien. Ein Unterschied sei bereits jetzt zu verzeichnen, da die Besucherfrequenz dadurch gestiegen sei. In Zukunft würden die Veranstaltungen im Forum Alte Post weiter mit höchster Qualität ausgebaut, um die Besucherfrequenz weiterhin zu erhöhen.

Aus Sicht der Verwaltung sei man zum jetzigen Zeitpunkt im Bereich Kultur gut aufgestellt, was das Personal betreffe, aber was den Umbau betreffe noch lange nicht am Ende, da man mitten in einem Prozess sei. Er schlägt vor, am Anfang des nächsten Jahres nochmal im Stadtrat über dieses Thema zu berichten, wenn der Prozess in eine Form gegossen sei.

Ratsmitglied Eschrich führt aus, Beigeordneter Clauer habe den Antrag falsch verstanden, denn die Stadtratsfraktion DIE LINKE- PARTEI wolle Frau Wittmer nicht angreifen.

Ratsmitglied Tilly zeigt auf, die Ausführungen zu diesem Antrag hätte man sich in der heutigen Sitzung sparen können, da diese die gleichen Ausführungen zum Antrag der SPD aus dem Jahr 2019 seien. Auch 2019 sei unterstellt worden, dass die SPD Frau Mäß diskreditieren würde. Er bittet, die vorliegenden Zahlen zu veröffentlichen und im Jahr 2023 nochmals zu berichten.

Beigeordneter Clauer erklärt, die vorliegenden Zahlen seien die Personal- sowie Besucherzahlen. Weitere Zahlen stünden nicht zur Verfügung.

Ratsmitglied Vogel führt aus, nicht nur das städtische Kulturprogramm, sondern auch viele andere kulturelle Angebote, seien in Pirmasens vorhanden. Damit sei Pirmasens kulturell gut aufgestellt.

Beigeordneter Clauer teilt mit, auch die privaten Angebote hätten große Probleme mit den Besucherzahlen. Daher sei es eine gesellschaftliche Aufgabe, die Leute zu animieren, kulturelle Veranstaltungen zu besuchen.

Ratsmitglied Hussong schildert, nicht alles im Kulturbereich sei schlecht, denn eine gute Arbeit werde geleistet. Jedoch könne dieser Bereich vielleicht verbessert werden. Zum Beispiel die Werbung der Euroclassic müsse optimiert werden, denn diese sei suboptimal verlaufen. Frau Wittmer und Frau Mäß würden von der Stadtratsfraktion geschätzt, denn diese arbeiteten mit viel Herzblut. Der Kulturbereich müsse ausgebaut werden, auch trotz finanzieller Probleme.

Ratsmitglied Eyrisch zeigt auf, auch sie hätte eine Diskreditierung von Frau Wittmer aus dem Antrag entnommen. Bezuglich des Kulturprogramms teilt sie mit, dass alle Mitglieder des Kulturausschusses bei der Planung des Programms eingebunden werden.

Ratsmitglied Sheriff erklärt, die Kultur in Pirmasens sei für die Pirmasenser Bürgerinnen und Bürger und nicht für diejenigen, die von Stuttgart oder Karlsruhe kommen möchten. Frau Mäß und Frau Wittmer hätten dies geschafft. Herr Scorzelli leider nicht.

Beigeordneter Clauer erwidert, die Kultur solle so aufgestellt werden, dass die Leute nicht mehr nach Stuttgart fahren müssen, um eine gutes Kulturprogramm zu erhalten.

Ratsmitglied Croissant fügt hinzu, die geleistete Arbeit und das Programm sei gut. Jedoch sei mehr möglich, wenn mehr gewünscht werde. Dazu könne zum Beispiel das Netzwerk weiter ausgebaut werden. Somit würde die Arbeit für das Kulturangebot gut gemacht, könnte allerdings noch besser sein.

Ratsmitglied Dr. Dreifus zeigt auf, zum jetzigen Zeitpunkt werde seit 20 Minuten über Frau Wittmer gesprochen. Zuerst sollten jedoch Strukturen und Prozesse aufgebaut werden und nicht über eine Person direkt gesprochen werden.

Ratsmitglied Hussong teilt mit, man rede erst über Frau Wittmer als der Beigeordnete Clauer dieses Thema angesprochen habe. Der Stadtratsfraktion SPD ginge es um die Strukturen. Eine einzelne Person zu diskreditieren sei nicht beabsichtigt. Allerdings müssten die Strukturen im Stadtrat diskutiert und besprochen werden, denn dort gehöre das Thema hin.

Ratsmitglied Eschrich erklärt, dieses Thema würde mit Absicht in der Öffentlichkeit auf falsche Schienen gestellt. Der Antrag richte sich nicht gegen Frau Wittmer, sondern gegen die Strukturen des Kulturamtes, denn hier seien Strukturmängel vorhanden.

Ratsmitglied Dr. Matheis führt aus, die Diskussionen gingen in eine falsche Richtung. Die Situation könne nicht ausschließlich anhand der Zahlen, die sich durch Corona verändert hätten, beurteilt werden. Diese Entwicklungen seien überall gleich und nicht nur in Pirmasens vorhanden. Im Bereich der Kultur könne zu jeder Zeit etwas verbessert werden, man müsse allerdings nachdenken, wie dies geschehen könnte. Um weitere Überlegungen anstreben zu können, müsse zuerst festgelegt werden, welcher Qualitätsstandard gewünscht sei. Dazu benötige man erst Maßstäbe.

Beigeordneter Clauer sagt eine erneute Information im März oder April 2023 zu.

zu 9 Beantwortung von Anfragen, Informationen, Anfragen der Ratsmitglieder

zu 9.1 Beantwortung von Anfragen

Es liegen keine Beantwortungen von Anfragen vor.

zu 9.2 Informationen

zu 9.2.1 Getroffene Eilentscheidungen während der sitzungsfreien Zeit

Der Vorsitzende zeigt auf, die Liste der getroffenen Eilentscheidungen während der sitzungsfreien Zeit würde im Nachgang zur Sitzung hochgeladen.

zu 9.2.2 Altschuldenlösung / KEF

Der Vorsitzende führt aus, in den vergangenen Wochen und Monaten seien wiederholt Gespräche zum Thema Finanzen geführt worden. Zum Einen sei es um den kommunalen Finanzausgleich und die Altschuldenlösung gegangen. Hintergrund der Gespräche sei der schlechte Finanzausgleich der Städte in Rheinland-Pfalz. Pirmasens habe zum Beispiel seit dem Jahr 1994 keinen ausgeglichenen Haushalt planen können. Somit sei ein riesiger Schuldenberg angewachsen.

Herr Dr. Matheis und Herr Schieler hätten für die Kommunalfinanzen unermüdlich und leidenschaftlich gekämpft. Dabei hätten sie sich nicht auf das Land beschränkt, sondern mit dem "Bündnis für die Würde unserer Städte" auf Bundesebene gekämpft.

Oft seien sie dafür belächelt worden. Und oft hieß es: "Immer dieselbe Leier! Wer glaubt schon daran, dass Pirmasens einmal wieder in die schwarzen Zahlen kommen kann?" Manche hielten das vermutlich für einen Kampf gegen Windmühlen. Somit ein aussichtsloser Feldzug gegen einen unabänderlichen Zustand. Auch Michael Maas und er hätten aber mit großer Überzeugung weitergekämpft. Dadurch stellten sich nach und nach erste Erfolge ein.

2019 habe die Stadt einen ersten Erfolg verzeichnen können. Pirmasens und der Kreis Kaiserslautern gewannen vor dem Verfassungsgerichtshof. Das Land müsse den Finanzausgleich nachbessern, der bisherige sei verfassungswidrig. Des Weiteren habe die Ampelkoalition im Bund die Altschuldenlösung im Koalitionsvertrag stehen und Rheinland-Pfalz habe parteiübergreifend ein Gesetz zur teilweisen Entschuldung der Kommunen auf den Weg gebracht.

Nun habe die Stadt weitere Berechnungen des neuen Kommunalen Finanzausgleichs erhalten und dies sei ein weiterer wichtiger großer Erfolg. Allerdings sei festzuhalten, dass die Stadt noch nicht am Ziel sei. So nah dran sei man jedoch noch nicht gewesen, denn mit dem neuen Kommunalen Finanzausgleich habe die Stadt für das Jahr 2023 einen weiteren Erfolg zu verzeichnen. Erstmals seit 30 Jahren plane die Stadt einen ausgeglichenen Haushalt. Für Pirmasens sei das eine beachtenswerte Entwicklung, denn sie zeige, dass Pirmasens auch als kleine Stadt mit großen Problemen viel erreichen kann. Wichtig sei, dass der Kampf noch nicht zu Ende sei. Nochmals müsse etwas "Wasser in den Wein" geschüttet werden, denn ab 2024 sehe es schon wieder schlechter aus.

Das liege vor allem daran, dass mit der Teilnahme am Altschuldenprogramm erhebliche Einnahmen aus dem kommunalen Entschuldungsfonds wegbrechen würden. Danach falle man wieder zurück in die roten Zahlen.

Weiterhin sei man allerdings hoffnungsvoll, dass die Stadt diese letzte Hürde auch überwinden könne. Dazu müsse das Land für 2024 und bei der Altschuldenlösung nochmals nachgebessert werden.

Diese Lösung dürfe im ureigenen Interesse des Landes liegen. Erst dann sei das Thema "Kommunalfinanzen" für Pirmasens und Rheinland-Pfalz endgültig gelöst.

Bürgermeister Maas stellt anhand einer Beamerpräsentation (siehe Anlage 5 zur Niederschrift) den aktuellen Stand des Kommunalen Finanzausgleichs und die Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen in Rheinland-Pfalz vor.

Ratsmitglied Eschrich teilt mit, die Altschuldenlösung sei lediglich eine Zwischen- beziehungsweise zeitliche Lösung und würde an der Problematik nichts ändern. Dadurch würde Pirmasens zukünftig wieder rote Zahlen schreiben.

Ratsmitglied Bachert erklärt, die Verwaltung versuche alles Mögliche, um das Beste für die Stadt zu erreichen, jedoch stelle sich die Frage, was die Stadt tun müsste, damit das Land weiter entschulden würde.

Der Vorsitzende zeigt auf, durch den Gewinn der Städte Mainz und Idar-Oberstein habe das Land ausschließlich eine Umverteilung der Mittel veranlasst. Somit stelle dies keine Leistung des Landes, sondern eine reine Umverteilung der Mittel dar. Eine Lösung sei, dass das Land die Mittel erhöhe, gegebenenfalls auch mit Härtefallregelung.

Ob eine Zuversicht sei zu verzeichnen sei, dass im Dezember die Debatte über den Haushalt möglich sei, fragt Ratsmitglied Dr. Matheis an oder ob mit weiteren Probeberechnungen zu rechnen sei. Des Weiteren fragt er an, ob die Stadt eigene Ideen habe, um Geld einsparen zu können, gegebenenfalls durch die Reduzierung von Sach- oder Personalkosten. Die Konsolidierungsbeiträge würden weiter bestehen bleiben, daher solle erst über den Haushalt diskutiert werden, wenn verlässliche Zahlen vorliegen.

Bürgermeister Maas erklärt, mit der ADD sei vor der heutigen Sitzung ein 2 ½-stündiges Gespräch geführt worden. Die Rückmeldung sei ernüchternd gewesen. Mitte Dezember würden die Richtlinien von Mainz an die ADD erfolgen. Noch habe die Stadt keine Zusagen, ob der Haushalt genehmigt werden kann. Daher hoffe die Stadt, dass bis Mitte Dezember verlässliche Zahlen vorliegen.

zu 9.3 Anfragen der Ratsmitglieder

zu 9.3.1 Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion vom 04.11.2022 bzgl. "Zuwanderung von Fachkräften"

Ratsmitglied Zipf bittet um eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Der Vorsitzende sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 9.3.2 Anfrage von Ratsmitglied Weber vom 09.11.2022 bzgl. "Energiekosten Bauhilfe"

Ratsmitglied Weber bittet um eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Der Vorsitzende sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 9.3.3 Anfrage von Ratsmitglied Weber vom 09.11.2022 bzgl. "Plakate Klimastreik"

Ratsmitglied Weber bittet um eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Der Vorsitzende sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 9.3.4 Anfrage von Ratsmitglied Weber vom 09.11.2022 bzgl. "Verkehrsspiegel Bitscher Straße"

Ratsmitglied Weber bittet um eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Der Vorsitzende sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 9.3.5 Anfrage von Ratsmitglied Tilly vom 14.11.2022 bzgl. "Spende Ratsessen"

Ratsmitglied Tilly stellt die Anfrage (siehe Anlage 6 zur Niederschrift) vor.

Der Vorsitzende zeigt auf, beim Ratsessen ginge es nicht nur um das Essen, sondern auch um den Austausch zwischen der Verwaltung, den Ratsmitgliedern und der Presse. Er schlägt vor, eine Spendenkasse für die Tafel beim Ratsessen aufzustellen. Jeder, der etwas spenden möchte, habe dann die Chance dazu.

zu 9.3.6 Anfrage von Ratsmitglied Hussong bzgl. "Aktueller Sachstand Kaufhallen-gelände"

Ratsmitglied Hussong erkundigt sich nach den aktuellen Sachstand des Kaufhallengeländes.

Der Vorsitzende zeigt auf, mit dem Bauvorhaben hätte aufgrund von Problemen mit der Statik nicht begonnen werden können. Da dies nun geklärt sei, könne mit dem Bauvorhaben begonnen werden.

zu 9.3.7 Anfrage von Ratsmitglied Welker bzgl. "Müllablagerungen in der Wildstraße"

Ratsmitglied Welker teilt mit, von der Lemberger Straße in die Wildstraße sei auf der rechten Seite eine Sperrfläche. Diese würde zur Zeit einer Müllhalde ähneln. Durch den dort liegenden Müll seien nun Mäuse und Ratten vorhanden.

Der Vorsitzende sagt eine Prüfung zu.

zu 9.3.8 Anfrage von Ratsmitglied Welker bzgl. "Tempo-30-Zone in der Rodalber Straße"

Ratsmitglied Welker zeigt auf, in der Rodalber Straße am Banana Building sei eine Tempo-30-Zone, an die sich nicht gehalten werde. Er bittet eine Geschwindigkeitskontrolle oder einen Vororttermin mit dem Verkehrsausschuss zu veranlassen.

zu 9.3.9 Anfrage von Ratsmitglied Hendrichs bzgl. "Bushaltestelle Winzler-Tor-Platz"

Ratsmitglied Hendrichs fragt an, ob die Bushaltestelle "Winzler-Tor-Platz" in "Walter-Slodki-Platz" umbenannt werden könnte.

Bürgermeister Maas zeigt auf, die Umbenennung sei noch nicht erfolgt, da durch die Änderung alle Fahrpläne neugedruckt werden müssten. Jedoch sei man in der Planung.

zu 9.3.10 Anfrage von Ratsmitglied Zipf bzgl. "Straßensperrung Gärtnerstraße"

Ratsmitglied Zipf fragt an, wie lange die Sperrung der Gärtnerstraße dauere.

Bürgermeister Maas zeigt auf, die Sperrung sei aufgrund des Bauvorhabens von Herrn Schenk. Bei ihm müsse die Dauer der Sperrung angefragt werden.

Nachdem keine weiteren Anfragen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 17.20 Uhr.

Pirmasens, den 22. Dezember 2022

gez. Markus Zwick
Vorsitzender

gez. Anne Vieth
Protokollführung